

DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB
DIE LINKE. KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.06.2009

AN/1103/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	30.06.2009

Nord-Süd-Stadtbahn und Fahrweggesellschaft Köln/Bonn (FGKB)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Fraktion DIE LINKE. Köln bittet Sie darum, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 30.06.2009 zu setzen.

Zum Bau und zur Finanzierung der Nord-Süd-Stadtbahn hat der Rat der Stadt Köln die Gründung einer Fahrweggesellschaft Köln/Bonn (FGKB) beschlossen. Zu der Gründung ist es dann nicht gekommen, ohne dass sich der Rat mit dem Thema weiter beschäftigt hat.

Daraus ergeben sich für die Fraktion DIE LINKE. Köln die folgenden Fragen, um deren Beantwortung wir bitten:

1. Warum ist der Rat nicht darüber unterrichtet worden, dass der Beschluss nicht umgesetzt werden kann bzw. nicht umgesetzt wurde?
2. In der nicht umgesetzten Beschlussvorlage Ds. 2114/001 werden als Begründung Synergie-Effekte und Einsparungen von 12,9 Mio. Euro dafür angeführt, dass eine solche Gründung unbedingt nötig sei. Was ist daraufhin passiert?
3. Der Ratsbeschluss wurde zwar nicht umgesetzt, wurde aber auch nie außer Kraft gesetzt. Damit ist der Beschluss weiterhin gültig. Wie steht die Verwaltung zu der Aussage im Ratsbeschluss: „solange die Gesellschaftsgründung noch nicht vollzogen ist – das Amt für Brücken- und Stadtbahnbau“ zuständig?

Zu welchem Zeitpunkt sind dann die Planungsarbeiten tatsächlich vom Amt für Brücken- und Stadtbahnbau an die KVB übertragen worden? Ist in der Verwaltung das rechtswidrige Vorgehen nie erörtert worden? Wenn ja, wann zum ersten Mal?

4. Der Beigeordnete Bernd Streitberger hat in der Öffentlichkeit erklärt, dass das geschlossene Vertragswerk trotzdem gültig sei. Die Verwaltung möge dies doch noch einmal ausführlich darstellen, auch unter dem Gesichtspunkt, wie sich diese Problematik auf etwaige rechtliche Auseinandersetzungen mit Baufirmen über die Kosten des Unglücks am Waidmarkt auswirken kann.

gez.
Jörg Detjen
Fraktionsvorsitzender